

# UNS HAMBURG

SEIT 2015 DEM WOHLF HAMBURGS VERPFLICHTET

Gunther Bonz  
 im Interview

## Elbvertiefung

Seite 2



Konsequenzen  
 nach G20

## Linke Gewalt

Seite 12



Wege aus dem  
 Baustellen-Chaos

## Verkehrspolitik

Seite 13



Liebe  
 Hamburger!



*Die AfD ist im Aufwind und erklimmt bundesweit immer neue Umfragerekorde. Wir freuen uns darüber, werden uns aber nicht auf diesen Zahlen ausruhen. Sie sind Ansporn, auch in dieser Stadt bestmögliche Oppositionsarbeit zu leisten.*

*Hamburg muss unsere lebens- und liebenswerte Heimatstadt bleiben! Tägliches Verkehrschaos und der Niedergang unseres Hafens passen da nicht ins Bild. Dem muss energisch und klug begegnet werden. Rechtsfreie Räume und die zunehmende Verwahrlosung dürfen ebenfalls nicht wie selbstverständlich hingenommen werden.*

*Dass wir diese und andere Themen offen ansprechen, passt vielen nicht. Oftmals ausgerechnet denjenigen nicht, die besonders viel Toleranz predigen. Die politischen Mitbewerber bekämpfen uns mit allen Mitteln, zuweilen auch mit unlauteren. Verleumdungen und Skandalisierungen gehören dazu. Deswegen ist UNS HAMBURG so wichtig. Es zeigt unsere Arbeit offen und unverfälscht. Diesmal auf 16 Seiten, vier mehr als bei den vorherigen Ausgaben. Denn es gibt viel zu berichten!*

**Ihr Detlef Ehlebracht,  
 Parlamentarischer Geschäftsführer**

# Hamburgs Zukunft: Grau oder Grün?!



**N**och ist Hamburg grün. Das ist gut so, denn Grünflächen bedeuten Lebensqualität. Sie dienen den Menschen zur Erholung. Verschwinden diese Ruheoasen, führt das zu weniger Lebensqualität. Und das passiert leider unter dem rot-grünen Senat.

Nach Behördenangaben nahm die Versiegelung Hamburgs von 1999 bis 2010 um knapp zwei Prozent zu. Das sind 1500 Hektar, etwa die Größe der Außenalster. Diese Fläche wurde innerhalb von knapp zehn Jahren zugebaut. Verschärft wird das Problem durch die Zuwanderung. Deutschlands größte Asylsiedlung beispielsweise wurde in Billwerder hochgezogen. Schnell, schnell musste es gehen. Ein offizieller Bebauungsplan wurde erst verlangt, nachdem die 800 Wohnungen so gut wie fertig waren. Ausgerechnet der rot-grüne Senat nutzt die Migrationskrise, um Grünflächen der Flüchtlingsunterbringung zu opfern. Insgesamt be-

trägt die versiegelte Gesamtfläche 39 Prozent. Hamburg hat derzeit 1,8 Millionen Einwohner. Aber Rot-Grün will weiterhin ein Wachstum um jeden Preis. 2,2 Millionen seien kein Problem, sagen SPD und Grüne. Das wäre ein neues Wandsbek, ein Bezirk mit 435.000 Einwohnern! Wie das zu stemmen ist, ohne massiven Grünflächenverlust, bleibt das Geheimnis linksgrüner Politik.

Hamburg ist begrenzt. Das schließt einen unbegrenzten Flächenverbrauch innerhalb der Stadtgrenzen aus. Für die AfD-Fraktion ist klar, dass Wachstum nur mit Augenmaß erfolgen darf. Und Wachstum kann nur in enger Kooperation über die Stadtgrenzen hinaus – mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein – geschehen. Ein Wuchern – so wie es SPD und Grüne verfolgen – wird unsere Hansestadt massiv verändern. Ob unser Hamburg dann noch lebenswert ist?

# „Elbvertiefung: Jeder Monat zählt“

Ein Interview mit Gunther Bonz, Präsident des Unternehmensverbands Hafen Hamburg (UVHH)



## Welchen Kurs nimmt der Hamburger Hafen?!

Geht es um den Hafen, gehört Gunther Bonz seit Jahren zu den einflussreichsten Machern, Vordenkern und Strippenziehern. Im Interview mit der AfD-Fraktion sprach der Präsident des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg (UVHH) über psychologische Signale bei der Elbvertiefung, über die katastrophale Stausituation und über Fakten, bei denen einem das Herz aufgeht.

**AfD-Fraktion: Der Hamburger Hafen steckt in der Krise. Der Umschlag sinkt, während er bei den großen Mitbewerbern Rotterdam und Antwerpen kontinuierlich wächst. Die Ursachen für die Misere gelten vor allem als hausgemacht. Wo liegen für Sie die Hauptgründe?**

**Gunther Bonz:** Natürlich spielt die fehlende Fahrinnenanpassung eine große Rolle, aber es gibt weitere Gründe.

**AfD-Fraktion: Zum Beispiel die verfehlte Verkehrspolitik?**

**Bonz:** Das ist richtig. Es gibt Spediteure, die mittlerweile nicht mehr bereit sind, Waren über Hamburg abzuholen oder zu transportieren, da die Kosten durch die Staus so hoch sind, dass sie kein Geld verdienen. Ein konkretes Beispiel: Ein Hamburger Spediteur hat kürzlich in der Wirtschaftsbehörde mitgeteilt, dass er vor zehn

Jahren eine bestimmte Ladungsmenge mit 100 Lkw erledigen konnte. Heute benötigt er für die gleiche Menge 120 Lkw. Also ist die Produktivität aufgrund der katastrophalen Stausituation um 20 Prozent gesunken. Kunden steuern ihre Waren von Hamburg weg, weil sie sie hier nicht mehr verkehrstechnisch bewältigen können. Schwer erreichbar sind aber auch Gewerbegebiete in Hamburg. Das gilt besonders für den Osten der Stadt. Da sind Hauptverkehrsknotenpunkte seit Jahren von Durchgangsverkehr abgeschnitten. Eine einzelne Baumaßnahme ist ja noch nicht einmal schlimm, aber wenn an allen umherliegenden Verkehrsachsen auch gebaut wird, dann haben wir den Verkehrsstillstand.

**AfD-Fraktion: Kommen wir zurück zur Fahrinnenanpassung ...**

**Bonz:** ... sie wird kommen und das hoffentlich möglichst schnell. Da zählt mittlerweile jeder Monat, wenn ich das so sagen darf. Wenn die Fahrinnenanpassung realisiert ist, werden die Containerschiffe zwischen 1000 und 2000 Boxen mehr pro Anlauf mitnehmen können. Es wird einen Aufholprozess zu den Mitbewerbern geben.

**AfD-Fraktion: Wie sehen die Baumaßnahmen genau aus?**

**Bonz:** Zum einen wird der Tiefgang durchgängig auf etwa 14,50 Meter ausgebaut. Baumaßnahmen sind aber längst nicht auf der ganzen Strecke von knapp 100 Kilometern nötig. Viele Abschnitte sind ohnehin schon wesentlich tiefer. Da wird gar nicht gebaggert. Sie müssen sich das wie ein Landschafts-Relief vorstellen. Nur die Bergspitzen werden gekappt, um durchgängig den nötigen Tiefgang zu haben. Das ist nur auf etwa zehn Kilometern der gesamten Strecke der Fall. Außerdem wird es – Stichwort Begegnungsverkehr – vor Hamburg eine Verbreiterung der Elbe geben. Da die Schiffe nicht nur länger und tiefer geworden sind sondern auch breiter, haben wir derzeit eine Einbahnstraßensituation. Eine ‚Begegnungsbox‘ vor Hamburg soll Abhilfe schaffen.

**AfD-Fraktion: Bis es soweit ist, wird aber wohl noch viel Wasser die Elbe herunterfließen, selbst wenn die Baumaßnahmen demnächst starten.**

**Bonz:** Nach etwa zwölf Monaten werden die ersten Verbesserungen zu erwarten sein. Der gesamte Prozess dauert etwa 21 Monate. Nicht zu unterschätzen ist, aber auch das psychologische Signal an die Kunden, wenn sie wissen, dass es jetzt losgeht.

Fortsetzung nächste Seite

*AfD-Fraktion: Im letzten Jahr hat der Senat zugesichert, dass nur der nördliche Teil des Grasbrooks für den Wohnungsbau genutzt wird. Die Hafenfirmer behalten das restliche Gelände und erhalten dafür Planungs- und Investitionssicherheit. Nun gibt es Streit um Abstandsregelungen und Lärmschutzmaßnahmen, obwohl den ansässigen Unternehmen zugesichert wurde, dass sie nicht in ihrer Entwicklung behindert werden. Andererseits ist der Wohnungsmangel enorm. Die Mieten steigen immer weiter. Haben sie Verständnis für die Notlage des Senats und seine Begehrlichkeiten in Bezug auf den Grasbrook?*

**Bonz:** Grundsätzlich stellt sich doch die Frage, was kann die Stadt wirtschaftlich, wohnungsmäßig, verkehrsmäßig vertragen. Vor allem, wie soll die Stadt in 20 Jahren aussehen? Wovon wollen wir dann leben? Das wird nicht diskutiert, obwohl es doch um unsere Zukunft geht. Ich bin nicht gegen mehr Wohnungsbau, ganz im Gegenteil. Es geht darum, in welche Richtung die Stadt wächst. Die große Leistung von Ole von Beust war ja,

dass er gesagt hat, wir müssen über die Stadtmauern hinausdenken und uns die Metropolregion Hamburg anschauen. Auch in der Londoner City kann nicht jeder Wohnungswunsch befriedigt werden. Deswegen ist die Stadt in die Metropolregion gewachsen. Das gleiche gilt für Berlin, Mailand und Rom. Der Hafen als größtes zusammenhängendes Industrie- und Gewerbegebiet Deutschlands muss erhalten bleiben. Das hat enorme Vorteile und sichert die zukünftige Prosperität. Schauen sie sich die wirtschaftliche Ertragskraft unserer Hamburger Unternehmen heute an. Da geht einem doch das Herz auf.

**Ausführlich nahm Bonz auch zu Umweltschutz, Fehmarnbeltquerung und chinesischen Megaprojekten Stellung. Lesen sie das komplette Interview unter:**

[afd-fraktion-hamburg.de/kategorie/themen/wirtschaft-hafen](http://afd-fraktion-hamburg.de/kategorie/themen/wirtschaft-hafen)



## Gunther Bonz

Unser Gesprächspartner ist Präsident des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg (UVHH), in dem sich mehr als 100 Unternehmen zusammengeschlossen haben. Der 62-jährige parteilose Verwaltungsjurist war von 2004 bis 2008 Staatsrat in der Wirtschaftsbehörde. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

# „Den Polizisten müssen wir dankbar sein!“

## Dirk Nockemanns Bilanz zum G20-Sonderausschuss

**Dirk Nockemann (AfD) zählte zu den kritischsten und entschlossensten Teilnehmern im G20-Sonderausschuss. Hier sein ernüchterndes Fazit:**

Ich bin tief enttäuscht vom Ergebnis der Ausschussarbeit: Außer Spesen nichts gewesen! Noch nicht einmal zu einem gemeinsamen Resümee der Bürgerschaftsfraktionen hat es gereicht. Zu unterschiedlich war das Interesse der beteiligten Parteien an Wahrheitsfindung und konstruktiver Aufarbeitung. Bereits mehrfach wurde zu Recht die Forderung erhoben, die Arbeit dieses Ausschusses zu beenden, weil keine wesentlichen neuen Erkenntnisse zu erwarten waren. Insbesondere ist es immer wieder als politisches Trauerspiel bewertet worden, wie sehr sich die politisch Verantwortlichen um ihre Verantwortung herumdrücken konnten. Weder der rot-grüne Senat noch die CDU hatten ein Verlangen nach durchgreifender Aufklärung.

Immer wieder waren von Senatsseite während der Ausschusssitzungen dieselben stereotypen Äußerungen zu hören wie vor dem G20-Gipfel: Die Polizei ist jetzt aufgrund bestimmter neuer Erkenntnisse bestens aufgestellt. Den Extremisten wird es nicht mehr gelingen, ihrem Hass in unserer Stadt freien Lauf zu lassen. Innensenator Grote verstieg sich gar zu dem Ratschlag, Linksextremisten sollten künftig um die Stadt einen Bogen machen. Ist Herr Grote wirklich nicht in der Lage zu erkennen, dass

sich die linksextremistischen Bürgerkriegskämpfer inmitten unserer schönen Stadt befinden und es sich mit den staatlichen Zuwendungen bequem eingerichtet haben? Und schlimmer noch: Der Bürgermeister scheint die Rote Flora unter Bestandsschutz zu stellen. Bei diesem Thema dürfe man nicht „zündeln“ erklärte er im April 2018.

Warum blendet der Senat Erkenntnisse aus, dass viele der begangenen kriminellen Handlungen, zum Beispiel die PKW-Brandstiftungen auf der Elbchaussee, sehr gut vorbereitete und langfristig geplante Taten waren, die durch lokale Hamburger Strukturen mit



vorbereitet worden sein müssen? Warum setzt er sich nicht damit auseinander, dass die Einladungen an die überaus gewalttätige europäische Extremistenzene ihren

Ausgangspunkt auch in der Roten Flora hatten?

Die Ausschusssitzungen trugen zuweilen groteske Züge. Die Linksfraktion versteifte sich wahrhaftig zu Anmerkungen, die Polizei habe die Auseinandersetzungen teilweise provoziert statt zu deeskalieren. Liebe Leser, jeder, der weiß, mit welchen brutalen Vorsätzen die „Welcome to Hell“-Bürgerkriegsaktivisten aktiv geworden sind, erkennt die Absurdität dieser Behauptung. Und wie die Linksfraktion darauf kommt, die Kontrolle von italienischen Linksextremisten, die an heißen Sonnentagen Schals und schwarze Wechselbekleidung bei sich trugen, falle in die Kategorie „racial profiling“, wird wohl immer deren Geheimnis bleiben.

Viel aufschlussreicher waren die Ausführungen eines Polizeiseelsorgers. Die unsägliche Entmenschlichung von Polizeibeamten durch Linksradikele waren sein Thema. Besonders eindrucksvoll der Satz: „Ich hatte die Gelegenheit, und das hat sich mir eingebrannt ..., in die Augen eines Vermummten zu schauen. So einen Hass, so eine Wut habe ich noch nie in meinem Leben in den Augen eines anderen Menschen gesehen.“

Meine Einschätzung aus den vielen Sitzungen ist eindeutig: Wir müssen unseren Polizeibeamten unendlich dankbar sein für ihren Einsatz bei den G20-Krawallen. Viele haben bei diesem Einsatz mehr geleistet als sich manche Bürger vorstellen können!

# Die Frage nach der Nächstenliebe

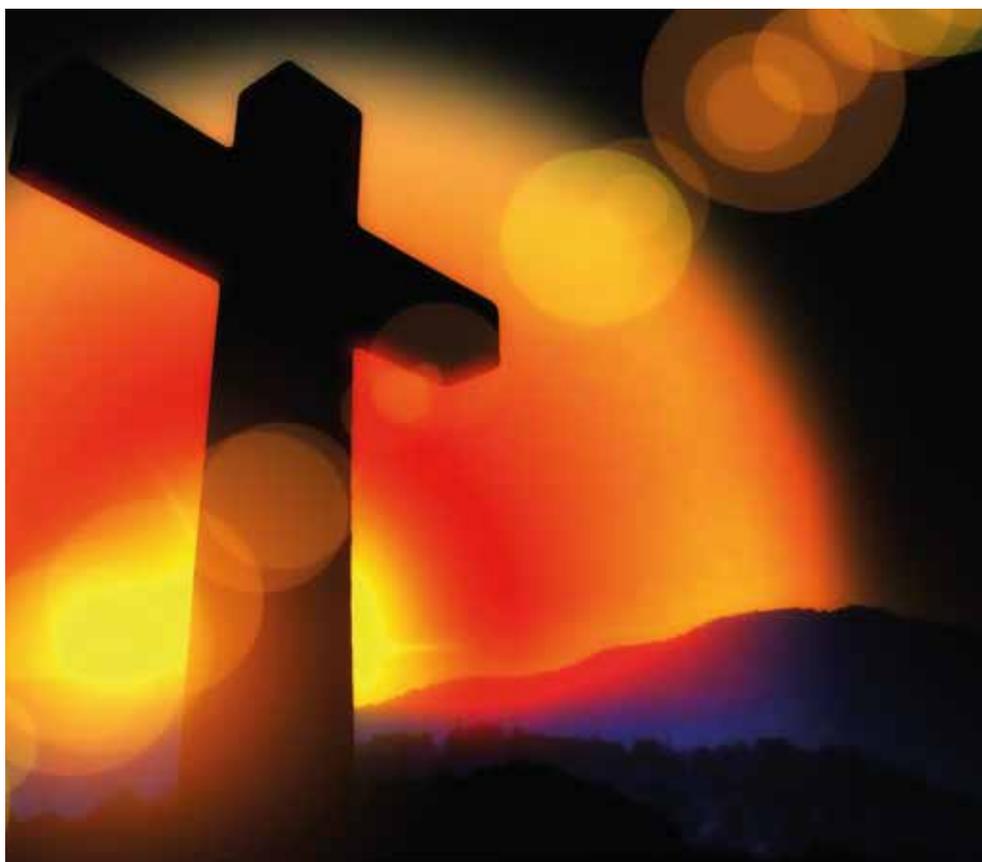
Ein Kommentar von Harald Feineis

Seit Ende 2015 erleben – und erleiden – wir offene Grenzen. „Flüchtlinge“ kommen nach Deutschland aus unterschiedlichen Gründen und aus unterschiedlichen Ländern, meist ohne Papiere, meist jung und männlich. Zuletzt kamen sie vor allem über das Mittelmeer. Fragwürdig ist vieles daran und kaum etwas wahrhaftig oder ehrlich. Denn die Migranten werden zumeist nicht politisch verfolgt, so dass ihnen kein Recht auf Asyl zusteht. Ihr Transport über das Mittelmeer wird uns als Seenotrettung verkauft, dabei ist er in Wirklichkeit kriminelle Schleuserei.

Trotzdem fordern viele, wie selbstverständlich, Nächstenliebe für die ins Land strömenden ein. Wohlmeinend wie viele Menschen von Natur aus sind, wird sie oft freimütig gewährt. Jedoch: Darf eine uferlose Hilfsbereitschaft einfach Gesetze beiseite fegen? Kann Nächstenliebe so weit gehen, dass Millionen „Neubürger“ in das Sozialsystem „integriert“ werden, auch auf die Gefahr hin, dass es kollabiert? Gleichzeitig bekommen diejenigen, die Jahrzehnte mit hart erarbeiteten Beiträgen ins Sozialsystem eingezahlt haben, den Eindruck, dass gerade für sie kein Geld da ist. Da muss die Frage nach der Nächstenliebe ernsthaft gestellt werden. Was bedeutet sie wirklich? Wie christlich ist es, in Sorge um das eigene Wohl auch einmal „Nein“ zu sagen?

„Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, sagt die Bibel. Deutschland beruft sich auf seine christlichen Wurzeln. Aber genau daraus sollte eine Verantwortungsethik erwachsen, die nicht nur situativ, also aus einer Gesinnung oder einem Gefühl heraus, entsteht.

Christliches, verantwortliches Handeln ist Rücksichtnahme darauf, welche Folgen dieses Handeln für alle Beteiligten haben kann. Genau darum bedeutet Nächstenliebe eben nicht grenzenlose, und letztendlich selbstzerstörerische Hilfsbereitschaft für die ganze Welt. Die Risiken und Nebenwirkungen einer überbordenden Zuwanderung aus anderen, nicht kompatiblen Kulturen sind oft fatal. Fatal für unsere Leistungsgesellschaft, unser System, für Christen, für Frauen und für jeden, der sich aus Afrika auf die Reise beispielsweise durch Niger und Libyen ins „gelobte Land“ macht. Nicht wenige werden auf ihrer Route durch Afrika Opfer von Prostitution und



*Christliches Kreuz als Symbol für Nächstenliebe*

Organspendeorganisationen.

Eine christlich geprägte, verantwortungsvolle Politik bedeutet, dass nur in den engen Grenzen des Asylrechts gehandelt werden kann. Auch darf die aufnehmende Gesellschaft nicht unter der Migrantenlast leiden oder gar zerbrechen. Niemand hat das Recht auf Einwanderung nur aufgrund der Tatsache, dass er im Herkunftsland nicht den sozialen Standard hat wie in Deutschland.

„Das christliche Gebot steht nicht für selbstzerstörerische Hilfsbereitschaft!“

Grundsätzlich gilt: Der wahre Flüchtling, muss nach grundgesetzkonformer Beantragung von Asyl, unabhängig von seiner Glaubenseinstellung, in unserem Land beherbergt werden. Das ist christliche Nächstenliebe in Wort und Tat, und dafür steht die AfD.

## Harald Feineis

Der AfD-Abgeordnete Harald Feineis hat nicht nur als Fachbauleiter auf Baustellen in Südafrika, Simbabwe und Saudi-Arabien gearbeitet, sondern ist nach einem Studium der evangelischen Theologie auch ordiniertes Pastor und war 21 Jahre Gemeindeführer. Er ist seit 1974 verheiratet und Vater dreier erwachsener Kinder.



Mehr Infos unter:

[afd-fraktion-hamburg.de/harald-feineis/](http://afd-fraktion-hamburg.de/harald-feineis/)

# „Kein Schüler soll Angst haben!“

## Ein Gespräch mit AfD-Fraktionschef Dr. Alexander Wolf

Zum Schuljahresbeginn startete die AfD-Fraktion die Aktion „Neutrale Schulen Hamburg“. Der schulpolitische Sprecher Dr. Alexander Wolf spricht im Interview über die Hintergründe der Aktion und Probleme an Hamburgs Schulen mit der Umsetzung des Neutralitätsgebotes.

**Herr Dr. Wolf, wir alle kennen aus unserer Schulzeit noch Lehrer mit Birkenstock-Sandalen und Strickpullovern, die ziemlich links eingestellt waren und Witze über Strauß und Kohl machten. Was hat sich da heute verändert?**

**Wolf:** Zunächst einmal: Lehrer haben heute wie damals ihre politischen Sympathien und Vorlieben. Solange sie es nicht übertreiben, sollte ein gelegentlicher Witz gerade bei älteren Schülern, die das einordnen können, kein Problem sein.

**Dennoch beklagen Sie zunehmend Verstöße gegen das Neutralitätsgebot an Hamburger Schulen?**

**Wolf:** Es überrascht mich selbst, wie viele Hinweise wir dazu erhalten. Beinahe wöchentlich melden sich Eltern, Schüler, und selbst Lehrer sowie Mitarbeiter der Schulbehörde bei unserer Fraktion und berichten über Auffälligkeiten.

**Was wird da so berichtet?**

**Wolf:** Das reicht von plumpem AfD-Bashing in der Klasse über tendenziöses und fehlerhaftes Unterrichtsmaterial bis hin zu Pädagogen, die mit „FCK-AfD-T-Shirts“ vor die Schüler treten oder GEW-Mitglieder, die per Aushang in den Schulen zu Demos gegen den Einzug der AfD in den Bundestag aufrufen.

**Wie kritisch darf Schule und Unterricht dann überhaupt gegenüber einer bestimmten Partei sein?**

**Wolf:** Aufgabe des Politikunterrichts ist es, sich mit den Po-

sitionen aller Parteien kritisch auseinanderzusetzen – auch gerade mit denen junger Parteien. Dazu stehen wir als AfD uneingeschränkt. Die Auseinandersetzung muss allerdings sachlich verlaufen und kontroverse Standpunkte einbeziehen. Eine einseitige, abwertende Behandlung ist nicht zulässig.

**Wie können Schüler oder Eltern darauf reagieren?**

**Wolf:** Sie sollten das Gespräch mit dem betroffenen Fachlehrer oder gegebenenfalls seinem Vorgesetzten, also einem Mitglied der Schulleitung, suchen und beschreiben, wie sie die Situation im Unterricht erlebt haben. In der Regel lässt sich mit einem persönlichen Gespräch die Sache klären.

**Dazu bedarf es einigen Mutes und entsprechendem Vorwissens, um das Gespräch mit dem Lehrer erfolgreich zu führen.**

**Wolf:** Das stimmt. Es kann in der Tat

Situationen geben, in denen sich Schüler oder Eltern nicht trauen oder sich nicht kompetent genug fühlen. Vielleicht auch, weil sie persönliche Nachteile befürchten. Dann kann es hilfreich sein, sich an

Dritte zu wenden. In solchen Fällen machen wir mit unserer Aktion „Neutrale Schulen Hamburg“ ein Angebot.

**Wie sieht das aus?**

**Wolf:** Wenn eine schulinterne Konfliktlösung nicht möglich erscheint, können sich Betroffene über eine Mail oder über ein Kontaktformular an die AfD-Bürgerschaftsfraktion wenden. Die Persönlichkeitsrechte aller Beteiligten haben dabei höchste Priorität. Es werden keine Namen oder andere Angaben veröffentlicht. Sollte ein begründeter Anfangsverdacht auf einen Verstoß gegen das Neutralitätsgebot oder eine andere diesbezügliche Rechtsvorschrift vorliegen, bieten wir an, den Vorgang unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte an die Schulbehörde zur Überprüfung weiterzuleiten.

**Welche Schwerpunkte beinhaltet die Aktion „Neutrale Schulen Hamburg“ noch?**

**Wolf:** Kein Schüler in Hamburg soll Angst haben, im Unterricht seine Meinung zu sagen! Das ist die Botschaft, die von dieser Aktion ausgehen soll. Die Grundvoraussetzung dafür ist ein Schulklima gelebter Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt. Dazu gehört auch, dass Lehrer ihre Leitungsfunktion nicht missbrauchen, um gehässig oder polemisch die Ansichten anderer zu verteufeln. Nur dort, wo Schüler nicht den Druck verspüren, sich bestimmten vielleicht sozial erwünschten Meinungen anzupassen, entsteht eine offene, wirklich kontroverse Diskussion. “

Lesen Sie das komplette Interview mit Alexander Wolf unter [www.afd-fraktion-hamburg/dr-alexander-wolf](http://www.afd-fraktion-hamburg/dr-alexander-wolf)

So geht's zum Informationsportal

[afd-fraktion-hamburg.de/  
neutrale-schulen-hamburg](http://afd-fraktion-hamburg.de/neutrale-schulen-hamburg)



## Das Onlineportal in den Schlagzeilen

Die New York Times berichtete und ebenso Zeitungen aus Finnland, Dänemark, England und Portugal. Das „unerhörte“ Vorhaben der AfD-Fraktion, den Schulunterricht ausgewogener zu gestalten, sorgte weltweit für Schlagzeilen.

Was in den deutschen Mainstream-Medien auffiel: Faktentreue und Wahrheitsgehalt lösten sich im medialen Rauch auf. Linke Funktionäre der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) lieferten die Parolen: „Petzportal“, „Gestapomethoden“, „Stasimachenschaften“, quasi der Anfang vom Ende der

freien Welt – tönte es aus der Hysteriewolke. Mit der Realität hat das wenig zu tun. Die Wirklichkeit erleben junge Menschen täglich in manchen Klassenräumen. Stellvertretend für nicht wenige schrieb der Schüler Christoph Schrön auf dem Blog „Achse des Guten“ von Henryk M. Broder: „Es gibt viele konservative und regierungskritische Jugendliche im deutschen Schulsystem. Viele davon fühlen sich politisch isoliert und hören jeden Tag, dass die Haltung, die sie insgeheim für richtig halten, rechtsradikal und falsch sei.“ Schrön, dem wegen seiner „extrem konservativen“

Haltung bereits nahegelegt wurde, die Schule zu verlassen, weiter: „Dass die AfD bei dieser undemokratischen Schiefelage an deutschen Schulen versucht zu handeln ist nur konsequent.“

Und wichtig: Junge Menschen werden viel zu oft darauf getrimmt, eine Politik, die ihre Zukunft in höchste Gefahr bringt, kritiklos gut und richtig zu finden. Ob das Online-Portal Abhilfe schafft? Die AfD-Fraktion wird alles daran setzen. Einen Denkanstoß für ein echtes Demokratieverständnis in den Schulen hat es bereits geliefert.

# Die AfD-Fraktion in den Medien

Eine Auswahl aus der Presseberichterstattung der letzten Monate

+++

## Hamburger Abendblatt, (27.08.2018): Streit im Kirchenasyl: Legitimer Schutz oder Missbrauch?

Das sogenannte Kirchenasyl bei dem Kirchengemeinden ausreisepflichtige Menschen aufnehmen, um ihre Abschiebung zu verhindern, sorgt in Hamburg weiter für Diskussionen. Zuletzt stieg die Zahl der Fälle (...) weiter an. Das geht aus Senatsantworten auf Kleine Anfragen der AfD-Bürgerschaftsfraktion hervor. AfD-Innenpolitiker Dirk Nockemann: „Kirchenasyl ist ein Relikt aus der Zeit, in der noch kein Staat die Einhaltung einer Verfassung garantiert hat. Heute wird es dazu missbraucht, staatliche Regelungen, also Recht und Ordnung, zu unterlaufen.“

+++

## Hamburger Abendblatt (25.07.2018): AfD will Mahnmal für den „Feuersturm“ an zentraler Stelle

Die AfD-Bürgerschaftsfraktion fordert eine Stätte öffentlicher Erinnerung an die Opfer des Hamburger Feuersturms vor 75 Jahren. „Die AfD-Fraktion gedenkt der Opfer. Zudem fordern wir endlich ein wirklich repräsentatives Mahnmal an einem zentralen Ort“, sagte AfD-Fraktionschef Jörn Kruse.

+++

## Hamburger Abendblatt (25. 7. 2018): Mehr Platz für Naturschutzgebiete in Hamburg

An der Diekbek in Duvenstedt werden 31 Hektar ausgewiesen. Hölftigbaum und Stapelfelder Moor sollen erweitert werden. Andrea Oelschläger von der AfD-Fraktion sagte: „Hamburg verzeichnet seit Jahren dramatische Grünflächenverluste. Die Vorzeigeprojekte des Jens Kerstan ändern daran nichts.“

+++

## Junge Freiheit (18.07.2018): Diskriminiert die „Tagesschau“ die AfD?

Die AfD hat der „Tagesschau“ eine „tendenziöse“ und „verzerrte“ Berichterstattung über die Opposition im Bundestag vorgeworfen. Der Fraktionsvorsitzende der AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft, Alexander Wolf, bezeichnete das Ergebnis als „skandalös und nicht hinnehmbar“. Die „Tagesschau“ mißbrauche ihren Informationsauftrag, wenn sie einseitig Parteien des linken politischen Lagers bevorzuge.

+++

## Welt (26.06.2018): Veto von FDP, Linkspartei und AfD – Hamburgs Abge-

## ordnete verpassen WM-Spiel

Die AfD meinte, Zehntausende Angestellte in Hamburg müssten auch während des WM-Spiels ihren Dienst leisten, für die Bürgerschaft sollte es keine Extrawurst geben.

+++

## Zeit online (20.06.2018): Die AfD, ein Glücksfall?

So denkt zumindest der Publizist Matthias Matussek. Am Montag breitete er seine Weltsicht vor 400 Gästen im Großen Festsaal des Rathauses aus. Der Ort, an dem Matthias Matussek am Montagabend dieser Woche eine Bühne bekommt, könnte prächtiger nicht sein. Goldener Wandstuck, an der Decke Kronleuchter, groß wie Scheunentore.

+++

## Hamburger Abendblatt (18.06.2018): AfD will Vizechefin des Verfassungsschutzes ablösen

Die AfD-Fraktion will in der Bürgerschaft die Ablösung der Vizechefin des Landesamts für Verfassungsschutz, Anja Domres, beantragen. Anlass sei ihre politische Betätigung: Domres ist seit April Vorsitzende des SPD-Kreisverbands Hamburg-Nord. AfD-Fraktionschef Jörn Kruse: „Wer so wenig Gespür für Gewaltenteilung und Parteien-Filz beweist, ist für die Stadt nicht tragbar.“

+++

## Deutsche Presse Agentur (13. 6. 2018): Hamburg billigt HSH-Nordbank-Verkauf / „Kleinere Katastrophe“

Zehn Jahre Krise und Milliardenverluste liegen hinter der HSH Nordbank. Erstmals wird eine Landesbank in Deutschland privatisiert. Nur die Linke stemmte sich gegen das Geschäft und monierte, das Parlament sei nicht umfassend genug informiert worden. Dafür gab es in der hitzigen Debatte viel Kritik von den anderen fünf Fraktionen. Der Verkauf sei im Gegensatz zur Abwicklung der Bank die «kleinere Katastrophe», betonte die AfD-Abgeordnete Andrea Oelschläger.

+++

## Hamburger Abendblatt (8.6.2018): Empörung über Bevorzugung von Beamten bei Wohnungsvergabe

Der Abendblatt-Bericht über die von der Stadt geplante Bevorzugung von Zollbeamten und -anwärtern bei der Suche und Vergabe von günstigen Miet- sowie Sozialwohnungen hat zahlreiche Reaktionen hervorgerufen. Von „Filz“ spricht auch die AfD-Fraktion. „Daher ist es ab-

zulehnen“, sagt Detlef Ehlebracht, wohnungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. „Wer maßt sich hier an, den Wert der einzelnen Berufe zu ermitteln?“

+++

## Welt (29.05.2018): AfD wirft Hamburger Lehrern „Hetze“ vor

Die Alternative für Deutschland kritisiert die Lehrer an Hamburger Schulen und wirft ihnen Stimmungsmache vor. Die Partei hält die Lehrer offenbar für politisch nicht neutral und spricht von „politischer Indoktrination“.

+++

## Hamburger Morgenpost, (25.5.2018): Politik ist scharf auf Radler-Mast

Er könnte das Ende aller Abbiege-Unfälle einläuten: Erst kürzlich berichtete die MOPO über den „Bike-Flash“, einen Mast, der Autofahrer per Leuchtsignal vor Radlern im toten Winkel warnt. Detlef Ehlebracht (AfD) möchte hingegen erst einmal warten, ob sich der Lichtmast an anderen Standorten bewährt. Er gibt zu bedenken, dass sich Verkehrsteilnehmer „blind“ auf die Technik verlassen könnten. „Der Mensch kann und darf nicht aus der Verantwortung genommen werden“, sagt er.

+++

## Welt (17.05.2018): Mehr als zehn Mal abgelehnt, jetzt klagt die AfD

Seit 2015 lassen die Fraktionen in der Hamburgischen Bürgerschaft die AfD-Kandidaten für die Härtefallkommission regelmäßig durchfallen. Nun reaktiviert die AfD eine Klage vor dem Verwaltungsgericht.

+++

## Welt (08.05.2018): Warum wurden die AfD-Fragen zu Details der Tat geschwärzt?

Nach Mord am Jungfernstieg: Die Hamburger AfD wollte mit einer Anfrage Details zum Mord an Mutter und Tochter erfragen. Doch ihre Fragen wurden geschwärzt und sollen wohl nicht beantwortet werden. Ein ungewöhnlicher Vorgang.

Dabei ging es den Abgeordneten Dirk Nockemann und Alexander Wolf unter anderem um die Frage, ob der mutmaßliche Täter dem Kind bei der Bluttat tatsächlich den Kopf abgetrennt habe. „Offen bleibt damit die Frage, ob die Behörden besonders grausame Einzelheiten der Tatbegehung der Öffentlichkeit verschweigen wollen“, sagte Nockemann. „Wir werden die Schwärzungen im Text unserer Anfrage nicht hinnehmen, sondern den Ältestenrat damit befassen.“

+++

# Hamburger Morgenpost und die Mordzahlen

Mopo wirft AfD-Fraktion vor, mit falschen Zahlen zu arbeiten

Die Hamburger Morgenpost knüpft sich immer wieder gerne die AfD vor. Eine Lokalredakteurin las die letzte Ausgabe von UNS HAMBURG sehr aufmerksam und witterte die große Geschichte. Sie unterstellte der AfD-Fraktion, dass man

mit falschen Zahlen bei den Morden Ängste schüre. Es ging um die Zahlenseite, auf der die AfD-Fraktion behauptete, dass es in Hamburg im Jahr 2016 15 Morde und im 2017 30 Morde gab.

Grundlage für diese Behauptung waren zwei amtliche Dokumente - des Senates und des Landeskriminalamtes - die sie unten sehen können. Was meinen Sie, wie viele Morde gabe es in Hamburg? Auflösung nächste Seite.

	2016		2017		Veränderung 2016/2017		Bemerkung	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
<b>Straftaten insgesamt</b>	239.230		225.947		-13.283	-5,6	100.337	44,4
davon Versuche	18.145	7,6%	18.965	8,4%	820	4,5		
Schusswaffenverwendung:								
mit Schusswaffe gedroht	296		214		-82	-27,7		
mit Schusswaffe geschossen	162		130		-32	-19,8		
Häufigkeitszahl	13.384		12.480		-904	-6,8		
Straftaten gegen das Leben	94		105		11	11,7	97	92,4
Mord	15		30		15	100,0	29	96,7

## Straftatenübersicht 2017 für Hamburg

Schlüsselzahl	Deliktgruppen/-arten	gemeldete Fälle	Veränderung		Aufklärungsquote	
			absolut	%	2016	2017
-----	<b>Straftaten gesamt (0-7)</b>	225.947	-13.283	-5,6	44,8	44,4
000000	<b>Straftaten gegen das Leben</b>	105	11	11,7	90,4	92,4
010000	<b>Mord</b>	30	15	100,0	100,0	96,7

Oben: Polizeiliche Kriminalstatistik 2017

Links: Senatsmitteilung (Drucksache 21/12969)

# GEW Hamburg gibt Unterlassungserklärung ab

Wolf: „Lassen uns Falschbehauptungen und Hetze nicht länger bieten“

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hamburg hat eine strafbewehrte Unterlassungserklärung aufgrund einer falschen Tatsachenbehauptung gegenüber der AfD-Bürgerschaftsfraktion unterschrieben und eine Gegendarstellung veröffentlicht.

Dem vorausgegangen war eine Stellungnahme der GEW Hamburg zu den bildungspolitischen Aktivitäten der AfD-Bürgerschaftsfraktion. Darin behauptete sie u. a., die Fraktion würde durch parlamentarische Anfragen das schulische Neutralitätsgebot instrumentalisieren, um eine kritische Auseinandersetzung mit der AfD im Unterricht zu verhindern. Neben der erfolgreichen rechtlichen Intervention hat die AfD-Bürgerschaftsfraktion eine umfassende Gegendarstellung zu den Behauptungen der GEW Hamburg veröffentlicht.

Dazu AfD-Fraktionschef Dr. Alexander Wolf: „Der GEW Hamburg gehen offensichtlich die Argumente aus, wenn sie mit falschen Tatsachenbehauptungen, Weglassungen

und Unterstellungen die schulpolitische Arbeit der AfD-Bürgerschaftsfraktion zu diffamieren versucht. Besonders fragwürdig ist dabei, dass die GEW die Nutzung verfassungsmäßig zustehender Oppositions- und Kontrollrechte durch die AfD als „Angriff auf die politische Bildung an Schulen“ be-

wusst diffamiert – sie offenbart damit ein zweifelhaftes Demokratieverständnis. Hier geriert sich eine Gewerkschaft zunehmend als Gesinnungswächter, anstatt sich für die Interessen ihrer Mitglieder einzusetzen und z. B. für bessere Arbeitsbedingungen an den Hamburger Schulen zu kämpfen.“



GEW-Aktivistinnen auf linker Anti-G20-Demo in Hamburg am 8. Juli 2017



Das Ohnsorg-Theater, gegründet 1902, befindet sich seit 2011 am Hauptbahnhof

## Keine Teddybären für die Wolgadeutschen

„Ankamen – An(ge)kommen“ – kritischer Blick auf ein „Flüchtlings“-Projekt im Ohnsorg Theater

Die Themen Flucht und Vertreibung spielen nicht erst seit 2015 eine Rolle in der deutschen Öffentlichkeit. Bereits nach Ende des 2. Weltkrieges kamen Millionen Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach Deutschland. Trotz verlorener Heimat in Ostpreußen, Schlesien oder Pommern integrierten sie sich als Deutsche schnell in den Orten, in denen sie Zuflucht fanden. Sie trugen kräftig zum Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes bei. Allerdings erwarteten die deutschen Flüchtlinge damals keine Teddybären am Bahnhof und von einer Willkommenskultur wie heute konnte erst gar nicht die Rede sein.

Im Ohnsorg Theater in Hamburg verglich das Theaterstück „Ankamen – An(ge)kommen“ von Michael Uhl und Cornelia Ehlers die Flüchtlinge von Einst mit den Zuwanderern von heute. Wie nicht anders zu erwarten, ist die Perspektive einer hochnaiven links-grünen Willkommenskultur geschuldet. Gleichgesetzt wird, was nicht gleichzusetzen ist.

Die Hauptrollen übernehmen unter anderem sieben deutsche Senioren, die zur Vertriebenen-Generation gehören, sowie drei junge „Geflüchtete“, allesamt Laiendarsteller, die, so die Eigenbeschreibung des Stückes, „ihre Geschichte von Vertreibung, Flucht und dem Ankommen in der „neuen“ Heimat vortragen.“ Die Bühnenausstattung ist minimalistisch gehalten und besteht aus sieben Stühlen und einem Fernseher, auf dem zwischendurch in kurzen Einspielsequenzen das Leben der jüngsten „Neuhamburger“, einer Eritreerin und zwei Afghanen, gezeigt wird. Diese drei treten nicht in Erscheinung, sondern holen sich erst nach dem Ende ihren

Applaus ab. Während der Vorstellung markieren die Protagonisten ihre Positionen und Meilensteine im Leben mit einem aus Klebeband geformten Kreuz und verbinden diese miteinander, die sich automatisch mit den anderen kreuzen. Am meisten Klebeband verbraucht Gottlieb Krune, ein Russlanddeutscher, dessen Schicksal ihn erst spät nach Hamburg brachte.

Brachten die Erzählungen der anderen deutschen Vertriebenen das Publikum abwechselnd zum Lachen, Mitsingen oder gar Weinen, denn dieser Teil der Nachkriegsgeschichte ist den meisten bekannt, passt dieser Krune anfangs nicht so recht ins Bild. 1941 bei Kriegsbeginn wurde er als kleines Kind zusammen mit dem gesamten deutschen Dorf von Stalin umgesiedelt. Ein jahrhundertlanges friedliches Zusammenleben mit den russischen Nachbarn war vorbei, denn plötzlich war man der Deutsche, der Feind. Eine universitäre Karriere blieb ihm verwehrt, denn Wolgadeutsche bekamen selten Zugang zur Universität oder zu höheren Positionen im Staatsdienst. Erst der Umweg über ein Fernstudium brachte Herr Krune zu einem Diplom und fortan arbeitete er als Deutschlehrer in der Ukraine. Die Familie Krune siedelte in den neunziger Jahren in die deutsche Heimat über.

Bei der Beschreibung der Flüchtlingsunterkunft und der Stimmung der alteingesessenen Deutschen zu den neuen Deutschen wird deutlich, dass die Wolgadeutschen nicht immer mit offenen Armen empfangen wurden. All dies wird seitens Krune ohne vorwerfliche Verbitterung vorgetragen, sondern öffnet den Blick dafür, dass vor über 20 Jahren die Integration von Russlanddeutschen unter weit schlechteren Rahmenbedingungen und ohne eine Willkommenskultur geglückt ist.

### MOPO-VORWURF

## Auflösung Mordzahlen

Für das Jahr 2016 wurden vier vollzogene Morde und für das Jahr 2017 wurden fünf vollzogene Morde registriert. Warum da aber 15 (2016) und 30 (2017) Morde stehen? Weil darunter auch die versuchten Morde aufgelistet werden. 2016 gab es elf versuchte Morde und für 2017 wurden 25 versuchte Morde festgestellt. Also waren die Zahlen aus der letzten Ausgabe falsch, auch wenn das offizielle Zahlenmaterial sehr irreführend ist.

Trotzdem bleibt es dabei: Hamburg wird unsicherer: 2016 gab es 15 (versuchte und vollzogene) Morde und 2017 gab es 30. Ob die Hamburger Morgenpost das möchte oder nicht...

### FREIKARTENAFFÄRE

## Misstöne beim Stones-Konzert

Die Rolling Stones kamen 2017 für drei Konzerte nach Deutschland. Für Karten wurden bis zu 700 Euro auf dem Schwarzmarkt bezahlt. Für Hamburg, Düsseldorf und München waren die Auftritte der Rolling Stones trotzdem binnen kurzem ausverkauft. Kein Problem für Harald Rösler, dem damaligen Leiter des Bezirksamts Nord in Hamburg. Die Konzertagentur hatte ihm 100 Freikarten überlassen und die wurden anscheinend freigiebig an Mitarbeiter und Vorgesetzte verteilt.

Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen Bestechlichkeit. Auf seiner damaligen Vorgesetzten Staatsrätin Elke Badde lastet der Verdacht, ihren Untergebenen zu der Straftat verleitet zu haben. Die anrühige Story steht für Filz und unerlaubte Vorteilsnahme. Nur zu gern hätten sie die Verantwortlichen wohl im Dunstkreis rot-grüner Beamtenstuben gelassen. Die AfD machte das brisante Fehlverhalten in der Bürgerschaft zum Thema, und beantragte die Veröffentlichung einer Liste, auf der Staatsräte, Bezirkschef und andere Empfänger der Karten aufgeführt sind. Erwartungsgemäß wurde der Antrag abgelehnt. Aber die Öffentlichkeit fordert nun immer drängender nach Aufklärung. In der Presse ist die „Freikarten-Affäre“ (Bild) zum Dauerthema geworden.

# Prächtige Kulisse und hochkarätige Referenten

AfD-Fraktion im Dialog im Hamburger Rathaus

Fraktion im Dialog heißt die Veranstaltungsreihe der AfD. Im Regelfall einmal im Monat lädt die Fraktion zu einer politischen Diskussionsveranstaltung ein. Die Informationen gibt es aus erster Hand. Ob mit externen oder internen Referenten, bei AfD-„Fraktion im Dialog“ kommen auch die Bürger zu Wort.

Zu Gast waren der frühere tschechische Präsident Václav Klaus, der Hamburger Feuerwehrchef Oberbranddirektor Klaus Maurer, der Hamburger Verfassungsschutzchef Torsten Voß, der Pressechef

der Hamburger Polizei Timo Zill, der Herausgeber der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Dieter Stein, der Publizist Michael Klonovsky, der Publizist Matthias Matussek, der Journalist Bernd Kallina und die Initiatorin der ersten Anti-Merkel-Demos Uta Ogilvie. Ebenso waren bekannte AfD-Politiker wie Prof. Dr. Jörg Meuthen, Dr. Alexander Gauland, Dr. Alice Weidel, Beatrix von Storch, Albrecht Glaser, Prof. Dr. Bruno Hollnagel, Oberst a. D. Georg Pazderski und Waldemar Herdt im Hamburger Rathaus.



Der frühere Kulturchef des „Spiegel“ Matthias Matussek vor über 400 Gästen im Großen Festsaal des Hamburger Rathauses

Auf den Geschmack gekommen? Hier finden Sie regelmäßig einige Vorträge:

 [afd-fraktion-hamburg.de](http://afd-fraktion-hamburg.de)

 [facebook.com/afd.fraktion.hamburg](https://facebook.com/afd.fraktion.hamburg)

## Weitere Termine von AfD-Fraktion im Dialog: 2018

Montag, 19. November

Donnerstag, 20. Dezember

## 2019

Montag, 21. Januar

Montag, 18. Februar

Montag, 18. März

Montag, 15. April

Dienstag, 14. Mai

Montag, 11. Juni

Weitere Termine folgen.

Beginn ist in der Regel um 19 Uhr.

Bitte anmelden unter:

[afd-veranstaltungen@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:afd-veranstaltungen@afd-fraktion.hamburg.de)

oder unter 040 / 428 31 2518

Gerne nehmen wir Sie in unseren Verteiler auf und informieren Sie ganz aktuell über Referent und Thema: Schreiben Sie uns einfach unter Stichwort „Verteiler“ an die obenstehende Mailadresse.

## ARD-„Tagesschau“ benachteiligt AfD

Die ARD-Nachrichtensendung „Tagesschau“, deren Redaktion und Produktion beim Norddeutschen Rundfunk (NDR) angesiedelt ist, benachteiligt die AfD.

Obwohl die AfD die stärkste Oppositionsfraktion und die drittstärkste Partei im Deutschen Bundestag ist, kommt sie in der „Tagesschau“ deutlich seltener als ihre politischen Mitkonkurrenten in der Opposition vor.

Eine Studie der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft (Untersuchungszeitraum: 25.09.2017-30.06.2018) kommt zu dem Ergebnis, dass in den 279 Sendungen seit der Bundestagswahl 154 Statements der Grünen wiedergegeben wurden. Die kleinste Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag ist damit

absoluter Spitzenreiter. Danach folgt die zweitkleinste Oppositionspartei die Linke, die mit 102 Statements berücksichtigt wurde. Mit 90 Redebeiträgen erhielt die zweitstärkste Oppositionspartei FDP die Möglichkeit, ihre Positionen in der Tagesschau zu vertreten. Die stärkste Oppositionspartei AfD ist mit lediglich 88 Beiträgen Schlusslicht.

Für den AfD-Fraktionschef Dr. Alexander Wolf ist die tendenziöse und verzerrte Berichterstattung nicht hinnehmbar. Er sagt: „Angesichts der staatsvertraglich verpflichtenden Grundsätze einer objektiven, unparteilichen und ausgewogenen Berichterstattung, die die Meinungsvielfalt zu berücksichtigen hat, ist das skandalös. Gerade Deutschlands führende öffentlich-rechtliche Nachrichtensendung, die in besonderer Weise die Grundversorgung der Bevölkerung mit Informationen über das aktuelle politische Tagesgeschehen sicherzustellen hat, missbraucht hier ihren Auftrag, wenn sie einseitig Parteien des linken politischen Lagers bevorzugt. Kein Wunder, dass immer mehr Bürger die Nase voll von einem überfinanzierten Rundfunk haben, der eindeutig tendenziös agiert. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss endlich zur Kenntnis nehmen, dass die AfD Oppositionsführer im Deutschen Bundestag ist!“

tensendung, die in besonderer Weise die Grundversorgung der Bevölkerung mit Informationen über das aktuelle politische Tagesgeschehen sicherzustellen hat, missbraucht hier ihren Auftrag, wenn sie einseitig Parteien des linken politischen Lagers bevorzugt. Kein Wunder, dass immer mehr Bürger die Nase voll von einem überfinanzierten Rundfunk haben, der eindeutig tendenziös agiert. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss endlich zur Kenntnis nehmen, dass die AfD Oppositionsführer im Deutschen Bundestag ist!“

Die komplette Studie unter:

 [afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/](http://afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/)



## Dr. Alexander Wolf

### FRAKTIONSVORSITZENDER

#### MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Europaausschuss (Vorsitz), Schulausschuss, Kulturausschuss

#### FACHSPRECHER FÜR:

Migration, Schule, Europa

KONTAKT: ☎ 040 42831-2518 ✉ [alexander.wolf@afd-hamburg.de](mailto:alexander.wolf@afd-hamburg.de)

#### WEITERE INFORMATIONEN:

🖥 [afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/](http://afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/)

🖥 [wolf-afd.de](http://wolf-afd.de)

📘 [facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/](https://facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/)



## Dirk Nockemann

### STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER

#### MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Innenausschuss, Sonderausschuss: Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg, Ausschuss für Justiz und Datenschutz, Ausschuss für Justiz und Datenschutz: Unterausschuss Datenschutz und Informationsfreiheit, Verfassungs- und Bezirksausschuss

#### FACHSPRECHER FÜR:

Inneres, Justiz, Bezirke, Verfassung, Öffentlicher Dienst

KONTAKT: ☎ 040 42831-2518 ✉ [dirk.nockemann@afd-hamburg.de](mailto:dirk.nockemann@afd-hamburg.de)

#### WEITERE INFORMATIONEN:

🖥 [afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/](http://afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/)

📘 [facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/](https://facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/)



## Detlef Ehlebracht

### VIZEPRÄSIDENT DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT UND PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER

#### MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Stadtentwicklungsausschuss, Verkehrsausschuss, Datenschutzgremium

FACHSPRECHER FÜR: Bau, Datenschutz, Stadtentwicklung, Verkehr

KONTAKT: ☎ 040 42831 2353 ✉ [detlef.ehlebracht@afd-hamburg.de](mailto:detlef.ehlebracht@afd-hamburg.de)

#### WEITERE INFORMATIONEN:

🖥 [afd-fraktion-hamburg.de/detlef-ehlebracht/](http://afd-fraktion-hamburg.de/detlef-ehlebracht/)



## Andrea Oelschläger

### MITGLIED DER FRAKTION

#### MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Haushaltsausschuss, Haushaltsausschuss: Unterausschuss Prüfung der Haushaltsrechnung, Haushaltsausschuss: Unterausschuss Personalwirtschaft und Öffentlicher Dienst, Ausschuss für Umwelt und Energie, Ausschuss Öffentliche Unternehmen

#### FACHSPRECHERIN FÜR:

Umwelt, Tierschutz, Öffentliche Unternehmen, Haushalt, Energie

KONTAKT: ☎ 0152 03 25 59 70 ✉ [andrea.oelschlaeger@afd-hamburg.de](mailto:andrea.oelschlaeger@afd-hamburg.de)

#### WEITERE INFORMATIONEN:

🖥 [afd-fraktion-hamburg.de/andrea-oelschlaeger/](http://afd-fraktion-hamburg.de/andrea-oelschlaeger/)



## Harald Feineis

### MITGLIED DER FRAKTION

#### MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration, Gesundheitsausschuss, Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, Enquete-Kommission

KONTAKT: ☎ 0152 292 08 639 ✉ [harald.feineis@afd-hamburg.de](mailto:harald.feineis@afd-hamburg.de)

#### WEITERE INFORMATIONEN:

🖥 [afd-fraktion-hamburg.de/harald-feineis/](http://afd-fraktion-hamburg.de/harald-feineis/)



## Peter Lorkowski

### MITGLIED DER FRAKTION

#### MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Eingabenausschuss, Sportausschuss, Härtefallkommission

KONTAKT: ☎ 040 4 28 31 - 25 18 ✉ [peter.lorkowski@afd-hamburg.de](mailto:peter.lorkowski@afd-hamburg.de)

#### WEITERE INFORMATIONEN:

🖥 [afd-fraktion-hamburg.de/peter-lorkowski/](http://afd-fraktion-hamburg.de/peter-lorkowski/)



G20-Gipfel: Linker Mob tobt am Schulterblatt

## Als es brannte..

### G20 und die (ausgebliebenen) Folgen

**Die Bilder prägten sich wohl jedem Hamburger ein, als wären sie ihm in die Netzhaut gebrannt: Eine Stadtsilhouette voller Rauchsäulen, Bürgerkriegsszenen in der Schanze, dutzende brennender Autos in der Elbchaussee. Vor einem Jahr zogen linke Gewalttäter marodierend durch Teile Hamburgs.**

Der G20-Gipfel und die Gewalt beschäftigen die Bürger in der Hansestadt noch immer. Es waren Angela Merkel (CDU) und Olaf Scholz (SPD), die Ende 2015 entschieden, dass der Gipfel in der Elbmetropole stattfinden könne. Später verstieg Scholz sich zu der Behauptung, G20 würde so friedlich wie ein Hafengeburtstag ablaufen. 1.100 Hamburger Linksextremisten verstärkt durch knapp 5.500 auswärtige Kampfgenossen belehrten ihn eines Besseren.

Die Terrortruppe hatte es leicht. Gemachte Nester warteten auf sie. Die Politik hatte ihnen Rückzugsräume und Kommandozentren gewährt. Wie beispielsweise die Rote Flora, die immer noch mit Steuermitteln finanziert und den Linksextremisten überlassen wird. Aber auch die zahlreichen G20-Camps dienten als willkommene Erholungsorte für die Terrortouristen. Der Rest ist bekannt ....

... und lässt Polizei und Justiz derzeit auf Hochtouren arbeiten. „Einen neuen Standard hat Hamburg bei der deutschland- und europaweiten Ermittlung und Strafverfolgung von G20-Tätern etabliert“, tönt Innensenator Andy Grote. Die Zahlen, über die er bei öffentlichen Auftritten so gerne hinwegschelt, sind trotzdem beschämend: 687 Ermittlungsver-

fahren wurden bisher eingeleitet. Es gab 160 Anklagen, 59 Strafbefehle, 190 Fälle wurden mangels Tatverdacht eingestellt. Gegen unbekannte Täter leitete die Staatsanwaltschaft 1319 Verfahren ein. In 36 Fällen wurden Randalierer rechtskräftig zu Freiheitsstrafen verurteilt, davon gerade einmal sechs ohne Bewährung.

Geradezu verhöhnt werden die Menschen, die sich den linksextremen Gewalttätern in jenen schlimmen Tagen entgegenstellten: Für Polizisten gibt es jetzt eine Kennzeichnungspflicht, damit die „Verfehlungen der Beamten“ besser verfolgt werden können. Konsequenzen für die 1220 Hamburger Linksextremisten? Fehlanzeige! Konsequenzen für die Rote Flora? Keine! Jüngst gestand Innensenator Grote, dass der Senat aus Angst vor neuen Krawallen die Linksextremisten weiter gewähren lassen wird. Aber das ist grundfalsch. „Der Staat darf nicht vor den Verfassungsfeinden kapitulieren“, erklärt der AfD-Vizefraktionschef Dirk Nockemann. Die Rote Flora gehört dichtgemacht. Nie wieder dürfen die Rauchsäulen linksextremer Gewalt über Hamburg stehen.



Linke Gewalt: Steine und Flaschen für die Polizei

#### HINTERGRUND

### Rote Flora

Die sogenannte Rote Flora ist seit 1989 ein umstrittenes Zentrum der Linksextremisten in Hamburg und war eine zentrale Anlaufstelle der angereisten linksextremistischen Gewalttäter zum G20-Gipfel. Seit 2014 ist der Eigentümer die Lawaetz-Stiftung, die das Gebäude für 820.000 Euro gekauft hat. Sie gehört zu 100 Prozent der Hansestadt und damit dem Bürger. Die Stiftung verwaltet die Rote Flora treuhänderisch für die Stadt, aber sie nimmt keinen Einfluss auf die Nutzung des Gebäudes. Das überlässt sie den linken Besetzern, und die machen kein Geheimnis daraus, wie sie zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Im aktuellen Bericht des Hamburger Verfassungsschutzes heißt es: „Die Rote Flora existiert seit 28 Jahren und hat sich zu einem der bedeutendsten Trefforte der autonomen Szene mit hoher Symbolwirkung in ganz Deutschland und darüber hinaus etabliert.“

#### HINWEIS

### ► AfD-Filmdokumentation

Mitarbeiter der AfD-Fraktion filmten die G20-Krawalle an mehreren Orten. Ihre Bilder, oft unter höchster Gefahr entstanden, zeigen, was selbst die Medien, nicht in dieser Offenheit zu berichten wagten. [youtube.com/c/AfDFraktionHamburg](https://youtube.com/c/AfDFraktionHamburg)

# Wege aus dem Baustellenchaos

AfD-Forderung: Dreischichtbetrieb

Es ist ein leidiges Thema. In Hamburg reiht sich Baustelle an Baustelle, und des Öfteren sind sie sogar verwaist. Über Tage wird dort anscheinend kein Handschlag getan. Auch wenn die Gründe dafür unterschiedlich sein können, sind sie dennoch inakzeptabel. Zur Stauhauptstadt wird Hamburg beispielsweise durch die mangelnde Koordinierung der Baustellen. Woran das liegt? Der fehlende politische Wille, etwas zu ändern, dürfte Schuld sein. Lieber verschärft man noch das Chaos und verengt eine viel befahrene Straße nach der anderen, in dem Autospuren durch Radfahrstreifen ersetzt werden.

Nun ist es aber nicht so, dass der Senat nichts tut. Man versteht sich schließlich auf Symbolpolitik. So hat die Stadt jetzt einen Smarttable für die amtliche Baustellenkoordination angeschafft. Darauf wird in beträchtlicher Größe ein interaktiver Stadtplan mit einer Unmenge an Daten projiziert. Wo

ändern.

Ein Vorschlag der AfD-Fraktion diesen Umstand umgehend zu verbessern sieht folgendermaßen aus: Das gesamte Straßennetz Hamburgs wird entsprechend der Nutzung in drei Kategorien eingeteilt. Da sind zunächst die Hauptstraßen. Hier wird auf den Baustellen endlich im Dreischichtbetrieb, also rund um die Uhr, gearbeitet. Marode Verbindungs- und wichtige Nebenstraßen werden im Zweischichtbetrieb ausgebessert. Nur auf den übrigen Straßen wird Einschichtbetrieb gefahren. Ferner sind Prämienn beziehungsweise Strafzahlungen einbeziehungsfällig, wenn Baufirmen die vereinbarte Bauzeit über- oder unterschreiten.

Jeder durch Baustellen erzeugte Stau, der in Umfang oder Dauer verringert werden kann, schont die Nerven der



Gewohntes Bild in Hamburg: Baustellen verursachen Verkehrsstaus

ist welche Baustelle und wie ist der Stand? Wo ist Stau, wo fließt der Verkehr? Das alles in Echtzeit. Zusätzlich können zukünftige Baustellen hinzugefügt und Verkehrsflüsse simuliert werden, die sich anpassen, sofern sich Baustellendaten ändern. Derjenige, der diesen komplexen Tisch beherrscht, wird zukünftig eine qualitativ bessere Koordinierung von Baustellen vornehmen können als bisher. Eines wird der Zaubertisch aber nicht können, die Vielzahl an Baustellen wegzaubern.

Die Ursachen sind Flickschusterei, Leben auf Pump, Sparen an falscher Stelle und Inkompetenz durch die jahrzehntelangen Regierungszeiten von SPD, CDU und Grünen. Ein laufendes Erhaltungsmanagement, viel zu spät initiiert, wird so schnell daran nichts

Verkehrsteilnehmer und der Anwohner. Er reduziert den volkswirtschaftlichen Schaden und ist ein aktiver Beitrag für einen fließenden Straßenverkehr und den Umweltschutz!

Sicher kostet ein solches Konzept Geld, welches aber auch vorhanden ist. Es wird nur an den falschen Stellen ausgegeben. So wurde das Busbeschleunigungsprogramm mit 250 Millionen Euro ausgestattet. 100 Millionen Euro sind davon schon ausgegeben. Der Effekt ist minimal: Die Metrobuslinie 5 braucht jetzt 6 Minuten weniger für die Strecke von Burgwedel am nordwestlichen Stadtrand Hamburgs bis zum Hauptbahnhof. Der rot-grüne Senat wird die Lösung der Verkehrsprobleme so nicht in den Griff bekommen.

DROGENDEALER

## Polizisten sind kein Freiwild

Da ist anscheinend zusammengewachsen, was zusammen gehört: Auf der Balduintreppe an der Hafenstraße machen Linksextremisten und afrikanische Drogendealer immer wieder gemeinsame Sache, um Polizeieinsätze zu behindern.

Beamte werden verhöhnt und beleidigt. Die Partei „Die Linke“ findet es in Ordnung und wirft der Polizei „Racial Profiling“ vor, wenn sie gezielt Menschen mit schwarzer Hautfarbe ins Visier nimmt. Aber was bleibt ihr übrig? Die Kriminellen auf der Balduintreppe sind nun mal in der Regel Afrikaner. Die AfD steht auf Seiten des Rechtsstaates und der Polizei. Der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion Dirk Nockemann stellt klar: „Es ist skandalös und bezeichnend, dass sich die Linken mit den kriminellen Drogendealern verbrüderern. Unsere Polizeibeamten sind kein Freiwild und verdienen allerhöchsten Respekt für ihre gefährliche Arbeit.“

SCHULEN

## Gegen religiöses Mobbing

Auf Schulhöfen und in Klassenzimmern zeigen sich die Folgen einer verantwortungslosen Einwanderungspolitik besonders drastisch. Immer wieder werden extreme Fälle von religiösem Mobbing bekannt. Es geht vor allem gegen Juden und Christen, denn in vielen Schulklassen stellen die Kinder moslemischer Einwandererfamilien bereits die Mehrheit.

Der religiöse Extremismus der Elternhäuser lässt die Schule zu Orten der Gewalt und Unterdrückung werden. Die AfD-Fraktion fordert daher in Hamburg die Einführung einer Meldepflicht für religiöses Mobbing an Schulen. Denn, so der Vorsitzende der AfD-Fraktion Dr. Alexander Wolf: „Mit dem arabischen Antisemitismus haben wir uns ein Riesenproblem ins Land geholt. Daher brauchen wir unbedingt ein umfassendes Lagebild. Alle Fälle müssen erfasst werden. Nur mit einer ausreichenden Datengrundlage lässt sich der Problematik begegnen.“

Mehr Infos:

 [afd-fraktion-hamburg.de](http://afd-fraktion-hamburg.de)

# Zahlen statt Worte



## 1.001

**LINKSEXTREME GEWALTDELIKTE** führt der Verfassungsschutzbericht 2017 auf. 2016 waren es 126 Gewaltdelikte. Ein Grund ist der Gewaltexzess um den G20-Gipfel.

**RECHTSEXTREME GEWALTDELIKTE** gibt der Verfassungsschutz für 2017 mit 15 Taten an. 2016 waren es 28.

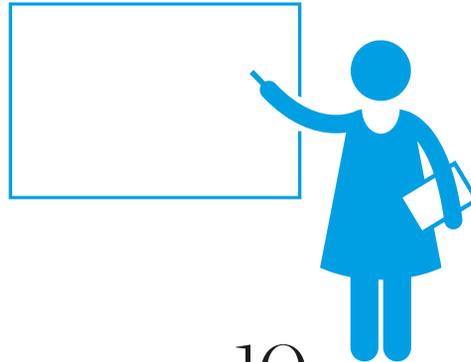
Quelle: Verfassungsschutzbericht 2017



## 17

**JAHRE** nach Beginn der Planungen für eine **ELBVERTIEFUNG** erteilt die Behörde das Baurecht. Umweltverbände prüfen weitere Klagen.

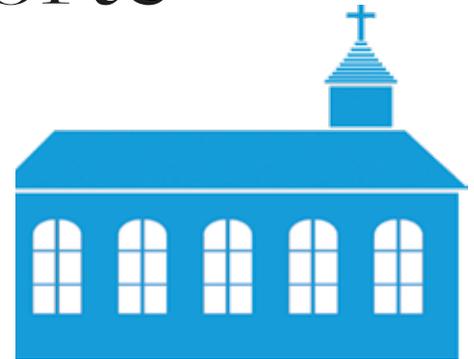
Quelle: Handelsblatt vom 23.08.2018



## Jeder 10.

**SCHÜLER** besucht eine Privatschule. Insgesamt sind das 20.000 Kinder.

Quelle: Behörde für Schule und Berufsbildung



## 73

Migranten leben im **KIRCHENASYL**. Im April 2018 waren es noch 58. Die meisten davon sind männliche Muslime.

Quelle: Kleine Anfrage von Dirk Nockemann (AfD) (Drucksache 21/13959)



## 175.451

Bewohner Hamburgs besitzen die **DOPPELTE STAATSANGEHÖRIGKEIT**.

Quelle: Kleine Anfrage der AfD-Abgeordneten Harald Feineis, Alexander Wolf und Dirk Nockemann (Drucksache 21/14047)



## Jeder 3.

Hamburger hat einen **MIGRATIONS Hintergrund**.

Der Anteil ist massiv gestiegen: von rund 28 Prozent (2009) auf 35 Prozent (2017). Demnach lebten Ende 2017 über 650.000 Menschen mit ausländischen Wurzeln in Hamburg, 170.000 mehr als noch vor acht Jahren.

Quelle: Statistikamt Nord

# „Bitte lassen Sie uns Bürger nie allein mit alldem Irrsinn hier“

Viele hundert Zuschriften erhielten wir zu UNS HAMBURG. Eine repräsentative Auswahl: Überwiegend positiv, vereinzelt kritisch

+++

Nicht mal zu einer freundlichen Begrüßungsfloskel kann ich mich überwinden:

AfD-Fraktion Hamburg,

UNS HAMBURG ist ein widerliches Blatt, welches sich aus nicht zu erklärenden Gründen in meinen Briefkasten verirrt hat! Sie verbreiten Lügen, Unwahrheiten, hetzen gegen Menschen, verachten Menschenrechte und treten die Emanzipation mit den Füßen. UNS HAMBURG... ich weiß nicht, wer sich hinter diesem „uns“ verbergen soll, aber ich absolut nicht. Ich verbitte mir von nun an, ihr ekliges, hetzerisches Blatt in meinem Briefkasten vorzufinden (Winterhude, Veerstück). Sie beleidigen damit meine Moralvorstellung, Weltkenntnis, meinen Intellekt und alles, wofür ich unsere schöne Welt und offene Stadt Hamburg liebe.

Eine angeekelte Hamburgerin R.

+++

Sehr geehrte Damen und Herren, ich finde Ihr Blatt UNS HAMBURG sehr gut und informativ. Ich bin sehr froh, dass es diese Alternative zu den anderen Parteien gibt, die leider „außer Rand und Band“ sind. Vernunft kennen diese Politiker kaum noch.

Mit freundlichen Grüßen N.

+++

Guten Abend, (...). Ich habe noch nie in meinem Leben die AfD gewählt, und ich habe zurzeit auch nicht vor, daran etwas zu ändern. (...) Auf keinen Fall möchte ich alle Flüchtlinge „über einen Kamm scheren“ und pauschal vorverurteilen, das gebietet mir der respektvolle Umgang mit Menschen.

Mir kommen aber inzwischen auch erste Zweifel, ob die Flüchtlingspolitik der letzten Jahre sinnvoll war. Vor allen Dingen finde ich es wichtig, dass Flüchtlinge, die hier Schutz suchen und bleiben möchten, sich an das Grundgesetz halten. Also dass sie die Unantastbarkeit der Würde anderer Menschen, die Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit, die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen, gleichgeschlechtliche Liebe und eine offene Gesellschaft mit freiheitlich-demokratischer Grundordnung respektieren! Mir ist es wichtig, dass Flüchtlinge, die sich nicht an diese Grundsätze halten, offen kritisiert werden dürfen und wenn möglich ausgewiesen werden, ohne dass der Kritiker gleich als rechtsextrem beschimpft wird!

Unfassbar traurig und sehr wütend ma-

chen mich die Attentate im Edeka in Barmbek-Nord, am Jungfernstieg, am Breitscheidplatz in Berlin und der Fall Susanna F. Gruß B.

+++

Hallo, vielen Dank für die kostenlose Zeitung UNS HAMBURG. Ich finde die Zeitung ist gut gemacht und vor allem entsprechen die Beiträge dem normalen Menschenverstand. Der Ton ist sachlich und man bekommt Informationen, die man sonst in der Presselandschaft weitgehend vermisst. (...) Die Veranstaltung „Fraktion im Dialog“ werde ich sicher einmal besuchen. Beste Grüße J.

+++

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Sie dringend bitten, mir in Zukunft Ihr Wochenblatt nicht ungefragt in den Briefkasten zu werfen. Ich bin seit Jahren in der Flüchtlingshilfe aktiv und kenne die Menschen, gegen die Sie hetzen, persönlich und auch deren Geschichten. Die rassistische und menschenfeindliche Politik Ihrer Partei ist mit meinem Menschenbild nicht zu vereinbaren. A.

+++

Liebe Redaktion, danke für die wie immer willkommene Gratis-Zeitung der AfD. Bitte lassen Sie uns Bürger nie allein mit alldem Irrsinn hier in der Stadt.

Ich habe mal gezählt: von 40 Fahrgästen eines Wagens der S 21 am Hauptbahnhof waren 31 offensichtlich maghrebischer oder anderer südlicher Herkunft. Als Abstammungs-Hamburgerin fühle ich mich hier oft kaum mehr zuhause. Z.

+++

Liebe AfD, gestern hatten wir zum ersten Mal ihre kleine Zeitung im Briefkasten, vielen Dank dafür.....schön, mal etwas zu lesen, was öffentlich-rechtlich nicht weichgespült ist, auch, wenn ich all das lieber gar nicht lesen möchte! Wir wissen, warum wir unsere Stimme bei der Bundestagswahl und bei der Wahl zur Bürgerschaft der AfD gegeben haben. Wir gehören nicht zu den minderbemittelten, abgehängten und dummen, auch wenn die Presse das immer behauptet. Machen Sie genau so weiter! K.

**Sie haben Anregungen, Vorschläge oder Kritik? Dann schreiben Sie uns unter:**

✉ [presse@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:presse@afd-fraktion.hamburg.de)

## FAHRVERBOTE

### Kein Gewinn für die Umwelt

Es ist ungerecht. Es ist im Prinzip wirkungslos und es beruht auf zweifelhaften Messdaten: Das Dieselfahrverbot, dass der rot-grüne Senat ab 1. Juni in der Max-Brauer-Allee und der Stresemannstraße verhängte, ist Politik gegen die eigenen Bürger und einer irrationalen, technikfeindlichen Ideologie geschuldet. Rund 168.000 ältere Dieselfahrzeuge sind in Hamburg betroffen. Wer die Einfahrtsbeschränkung ignoriert, muss mit einem Verwarn- beziehungsweise Bußgeld in Höhe von 25 (Pkw) bis 75 Euro (Lkw) rechnen. Nun steuern die betroffenen Dieselfahrer ihre Autos über Nebenstraßen ans Ziel – vorbei an Kitas und Wohnhäusern. Die Meinung der AfD-Fraktion zu diesem Schildbürgerstreich ist eindeutig. Detlef Ehlebracht, ihr verkehrspolitischer Sprecher: „Die Datenbasis, aufgrund derer die Verbote ausgesprochen wurden, ist mit fragwürdigen Methoden erfasst worden. Jetzt wird daraus eine Pseudo-Umweltschutzmaßnahme abgeleitet. Die Sperrung der Straßen erzeugt künstlichen Umfahrvverkehr. Der ist ähnlich umweltschonend wie ein Parkplatzsuchverkehr. Der Autofahrer wird ausgebremst, während die Verantwortlichen auf links-grün-ideologischer Geisterfahrt durch die Stadt rasen.“

## VERKEHRSUNFALLE

### Bessere Sicht auf Radfahrer

**Blinken, schauen, anfahren, und am Lenkrad kurbeln: Für rechtsabbiegende Lkw-Fahrer ist das Routine. Für Radfahrer wird es zur tödlichen Gefahr, wenn sie vom Mann hinterm Lenkrad übersehen werden.**

Einfache Lösungen könnten weitere Opfer vermeiden. „Teure und komplizierte Lösungen wie elektronische Abbiegeassistenten sind nicht automatisch die besseren. Sie können ausfallen und verleiten zu trügerischer Sicherheit“, erklärt AfD-Verkehrspolitiker Detlef Ehlebracht. Die AfD-Vorschläge für eine bessere Sicht: Verglaste Beifahrtüren in LKW und sogenannte „Trixie-Spiegel“, die an Masten und Ampeln auf Augenhöhe des Fahrers angebracht werden, In Freiburg haben sich diese Installationen bewährt.

# Abendessen zu gewinnen!

**Wie gut kennen Sie Ihre Heimatstadt?**  
Machen Sie mit bei unserem Hamburg-Quiz!  
Zu gewinnen gibt es:

Drei Abendessen für jeweils zwei Personen gemeinsam mit einem Abgeordneten der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Erleben Sie Hamburger Politik aus erster Hand, und gewinnen Sie einen Einblick hinter die Kulissen des Hamburger Politikbetriebs.

Die richtige Lösung können Sie bequem auf unserer Seite eingeben:

<https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

[presse@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:presse@afd-fraktion.hamburg.de)

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft  
Stichwort: Hamburg-Quiz  
Schmiedestraße 2  
20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der 31. Dezember 2018.  
Unter richtigen Einsendern entscheidet das Los.  
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.  
Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück.

## IMPRESSUM

**UNS HAMBURG**

**HERAUSGEBER** AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft,  
Schmiedestraße 2,  
20095 Hamburg

**VERANTWORTLICH IM SINNE DES PRESSERECHTS:** Dr. Alexander Wolf  
**VERANTWORTLICHER REDAKTEUR:** Frank Horns

**TELEFON** 040/42831-2518

**E-MAIL** [presse@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:presse@afd-fraktion.hamburg.de)

Diese Publikation informiert über die Arbeit der AfD-Bürgerschaftsfraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.

## 1 Wie heißt der amtierende Erste Bürgermeister Hamburgs?

Olaf Scholz | Peter Lustig | Peter Tschentscher

## 2 Wer ist Ehrenbürger von Hamburg?

Loki Schmidt | Heinz Sielmann | Udo Lindenberg

## 3 Wann findet die nächste reguläre Bürgerschaftswahl statt?

2020 | 2021 | 2022

## Vertrauliche Informationen?!

Sie wollen uns auf Missstände - egal welcher Art - hinweisen?  
Sie haben brisante Informationen?  
Dann schreiben Sie uns!

## IHR KONTAKT ZUR AFD-FRAKTION IN DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT:

🏠 AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft  
Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

☎ 040 428 31-25 18 (Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

✉ [info@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:info@afd-fraktion.hamburg.de)

💻 [afd-fraktion-hamburg.de](http://afd-fraktion-hamburg.de)

💻 [uns-hamburg.de](http://uns-hamburg.de)

💻 [islamspiegel-hamburg.de](http://islamspiegel-hamburg.de)

📘 [facebook.com/afd.fraktion.hamburg](https://facebook.com/afd.fraktion.hamburg)

🐦 [twitter.com/AfD\\_Fraktion\\_HH](https://twitter.com/AfD_Fraktion_HH)

📺 [youtube.com/c/AfDFraktionHamburg](https://youtube.com/c/AfDFraktionHamburg)

📷 [instagram.com/afd.fraktion.hamburg/](https://instagram.com/afd.fraktion.hamburg/)

Informationen über die Arbeit der AfD-Fraktion aus erster Hand? Bestellen Sie hier unseren Newsletter: [www.afd-fraktion-hamburg.de/newsletter](http://www.afd-fraktion-hamburg.de/newsletter)